

Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

Öffentliche Lesung am 23. November in Kassel

Einleitung

410 Tage dauert nun schon der israelische Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung. Es ist völlig unmöglich, die täglichen Grausamkeiten und tödlichen Zerstörungen dieses Jahres und ihre Bedeutung in nur einer Stunde auch nur ansatzweise darzustellen. Wir können nur Schlaglichter auf die Katastrophe des vergangenen Jahres und auf mögliche Zukunftsaussichten richten. Dies wollen wir aber nicht mit eigenen Worten tun, sondern mit Aussagen und Zitaten namhafter Organisationen und Personen, wie die UN, den Internationalen Gerichtshof, Menschenrechtsorganisationen, Friedensinitiativen und Medien.

Wir erfinden hier nichts. Alle Aussagen und Zitate haben wir nachprüfbar gemacht. Eine Linkliste liegt aus.

Moderation:

*Die Hölle für die palästinensische Bevölkerung
und jetzt noch für die libanesische Bevölkerung*

1. Text



**Jüdische Stimme für den Frieden, 25. September 2024
(Jewish voice for peace)**

Fast ein Jahr nach dem Völkermord in Gaza steuert Israels fanatische Regierung auf die totale Dezimierung und ethnische Säuberung des Südlibanon zu.

Im letzten Jahr haben die USA Waffen und Rüstungsgüter im Wert von Milliarden Dollar an das israelische Militär geschickt, während es die Palästinenser abschlachtete und aushungerte.

Die USA schicken in Erwartung eines größeren Krieges noch mehr Truppen in die Region. Dieses Klima der Straffreiheit ermutigt die israelische Regierung zu ihrem weiteren Vorgehen. Die einzige Möglichkeit, den Völkermord in Gaza zu beenden und zu verhindern, dass dieser Völkermord auf den Libanon ausgeweitet wird, besteht darin, dass die USA die Bewaffnung Israels einstellen. **Nach Angaben des libanesischen Ministeriums vom 24. Oktober 2024 sind seit dem 8. Oktober 2023 im Libanon durch israelische Angriffe 2 600 Menschen getötet und 12 000 verletzt worden.**

2. Text



UN News, 23. Oktober 2024:

Am 20. Oktober war die Zahl der Vertriebenen im Libanon auf 809.000 angestiegen. Schätzungen zufolge haben bis zum 21. Oktober weitere 425.000 Menschen den Libanon in Richtung Syrien verlassen.

Etwa ein Viertel des gesamten libanesischen Territoriums unterliegt weiterhin israelischen militärischen Evakuierungsanordnungen. Eine neue Vertreibungsmittelteilung bezeichnet ein großes Gebiet innerhalb der Stadt Tyros im Südlibanon, das im Einsatzgebiet der UN-Friedenstruppen liegt. Tyros wurde anschließend von zahlreichen Luftangriffen getroffen.

3. Text



Netanyahu am 8. Oktober 2024 an die Libanesen:

„Sie haben die Möglichkeit, den Libanon zu retten, bevor er in den Abgrund eines langen Krieges stürzt, der zu Zerstörung und Leid führen wird, wie wir es in Gaza sehen. Befreit euer Land von der Hisbollah, damit dieser Krieg beendet werden kann.“

4. Text



German Foreign Policy schreibt am 23. Oktober 2024:

„Laut einem internen UN-Bericht haben israelische Einheiten inzwischen ein Dutzend mal UN-Posten attackiert und 15 Blauhelmsoldaten mutmaßlich mit weißem Phosphor verletzt, dessen Einsatz in bewohntem Gebiet völkerrechtswidrig ist. ... Beobachter urteilen, die israelischen Angriffe hätten zum Ziel, die UN-Friedenstruppe zum Abzug zu nötigen, um die „Wiederbesetzung“ des Südlibanon „ohne die Anwesenheit Dritter“ abwickeln zu können.“

Der UN-Generalsekretär erklärte: „Angriffe auf Friedenstruppen verstoßen gegen das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts. Sie könnten ein Kriegsverbrechen darstellen.“

Moderation:

Nord-Gaza

Am 1.10.2024 hat Israel die Evakuierung angeordnet und keine humanitären Lieferungen durchgelassen. Erst ab dem 14. Oktober wurden einige Lastwagen durchgelassen. Diese Vertreibung aus Nordgaza folgt einem sogenannten „Plan der Generäle“:

5. Text



Israel National News schrieb am 4. September (2024):

Dem Plan zufolge soll das gesamte Gebiet nördlich des Netzarim-Korridors, d. h. GazaStadt mit all seinen Stadtvierteln, zu einem geschlossenen Militärgelände werden, aus dem die gesamte Bevölkerung, die von der Armee auf etwa 250.000 Menschen geschätzt wird, unverzüglich evakuiert werden soll.

Die Bevölkerung erhielt eine Woche die Möglichkeit zur Evakuierung; danach würde das Gebiet vollständig militärisch abgeriegelt werden, so dass die Terroristen in Gaza-Stadt vor die Wahl gestellt würden, sich zu ergeben oder zu sterben.

6. Text



UN-News am 21. Oktober 2024:

'Während das israelische Militär gefordert hat, dass alle Zivilisten Nord-Gaza verlassen, bombardiert es weiterhin unerbittlich und greift das Gebiet an, vor allem in und um das Flüchtlingslager von Dschabalya. Diese Angriffe haben es für Zivilisten äußerst gefährlich gemacht, zu fliehen.'

Israelische Streitkräfte haben Häuser und Schulen, die als Unterkunft dienten, zerstört.

Krankenhäuser haben mit einem kritischen Mangel an Treibstoff und medizinischem Material zu kämpfen.

Rettungsteams berichten, dass sie blockiert oder angegriffen werden, während sie versuchen, lebensrettende Operationen durchzuführen. 'Krankenhäuser wurden beschossen und blieben ohne Strom, wodurch verletzte Menschen ohne Versorgung bleiben.' ... 'Humanitäre Hilfe zu verweigern

und als Waffe einzusetzen um militärische Ziele zu erreichen ist ein Zeichen dafür, wie niedrig der moralische Kompass ist' ...

Der Internetzugang wurde unterbrochen und mindestens 3 palästinensische Journalisten wurden getötet, was den Zugang zu Information aus der Region begrenzt.

Moderation:

Ein Jahr des Horrors in Palästina **Massaker**

7. Text



Der israelische Premierminister Netanjahu am 28. Oktober 2023:

„Ihr müsst euch daran erinnern, was Amalek euch angetan hat, sagt unsere Heilige Bibel. Und wir erinnern uns“.

Unter Amalek versteht Netanyahu Gaza. Er bezog sich dabei auf eine Bibelstelle, die lautet: 'Nun geht, greift Amalek an und verbannt alles, was ihm gehört. Verschont niemanden, sondern tötet Männer und Frauen, Säuglinge und Kleinkinder, Rinder und Schafe, Kamele und Esel'."

8. Text



Suhair Dabur (37), aus Gaza, berichtet:

„Mein Gesicht war blau und mein ganzer Körper geschwollen. Ich hatte starke Schmerzen und es fühlte sich an, als sei meine rechte Hand und mein rechtes Bein abgeschnitten. Der Krankenwagen brachte mich zum Krankenhaus in Rafah und auf dem ganzen Weg rief ich nach meinen Kindern; ich sagte ihnen, dass meine Kinder unter dem Schutt sind. Als ich im Krankenhaus ankam, waren meine Brüder dort und ich fragte immer wieder nach meinen Kindern. Alle erzählten mir, meine Kinder seien am Leben und würden so wie ich gerettet. Erst später an diesem Tag sagten sie mir, dass mein Mann, meine Kinder, mein Schwager Shadi und mein Schwager Ousamah und seine ganze Familie tot waren.“

Das Institut für Palästinastudien teilt in seiner Palästina-Chronologie vom 17. Oktober 2024 mit:

„Mehr als 42 500 Palästinenser wurden durch israelische Streitkräfte in Gaza getötet, darunter mindestens 17.000 Kinder und 11 500 Frauen. Etwa 99 000 wurden seit dem 07.10.2023 verletzt.

Mindestens 10.000 Menschen werden unter den Trümmern vermisst. Über 1,93 Millionen Palästinenser, fast 85% der Gesamtbevölkerung von Gaza, wurden seit dem 07.10.2023 vertrieben.

Seit dem 12.10.2023 gibt es aufgrund der israelischen Blockade keinen Strom. Mindestens 79.000 Wohneinheiten wurden zerstört und 370.000 durch israelische Luftangriffe beschädigt.

744 Palästinenser wurden seit dem 07.10.2023 durch israelische Streitkräfte und Siedler in der Westbank und in Ost-Jerusalem getötet, darunter 155 Kinder. Über 6.315 Menschen wurden verletzt.

9. Text



Israelischer Armee-Reservist Yachin am 11. Oktober 2023:

„Löscht sie aus, ihre Familien, Mütter und Kinder. Diese Tiere können nicht länger leben... Jeder Jude mit einer Waffe sollte hinausgehen und sie töten. Wenn du einen arabischen Nachbarn hast, warte nicht, geh zu ihm nach Hause und erschieß ihn... wir wollen eindringen und zerstören, was vor uns

ist, und Häuser zerstören, dann das nächste zerstören. Mit all unseren Kräften, vollständige Zerstörung, eindringen und zerstören.[...] Lasst sie Bomben auf sie werfen und sie auslöschen."

10. Text



Olaf Scholz am 14. November 2023:

Israel ist „ein Land, das sich den Menschenrechten und dem Völkerrecht verpflichtet fühlt und in seinen Aktionen auch dementsprechend handelt. Deshalb sind die Vorwürfe, die da gegen Israel erhoben werden, absurd, und daran kann es gar keinen Zweifel geben.“

11. Text



Der israelischen Verteidigungsminister Gallant am 9. Oktober 2023:

„Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, kein Treibstoff. Alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend“. "Gaza wird nicht mehr so sein wie vorher. Wir werden alles beseitigen.“[...]

12. Text



Die renommierte englische Medizinzeitschrift „The Lancet“ schreibt am 10. Juli 2024:

Man geht von einer hohen Zahl indirekter Todesfälle aus. Grund dafür sind die Intensität des Konflikts, die zerstörte Gesundheits-Infrastruktur, bedrohlicher Mangel an Essen, Wasser und Unterbringung, das Fehlen sicherer Orte, um zu fliehen, und die fehlende Finanzierung für die UNRWA, eine der sehr wenigen humanitären Organisationen, die im Gaza-Streifen noch aktiv sind. In früheren Konflikten war die Zahl der indirekten Toten 3 bis 15 mal höher als die der direkten Toten. Mit einer vorsichtigen Schätzung von 4 indirekten Toten auf 1 direkten Toten, ist eine Schätzung von bis zu 186.000 Toten oder sogar mehr plausibel.

Diese Rechnung beruhte auf den Zahlen vom Juni 2024. Inzwischen muss sie nach oben auf über 212.000 Tote korrigiert werden.

Moderation:

Vertreibung

13. Text



11. November 2023 : Der israelische Landwirtschaftsminister Dichter

erinnerte an die Nakba von 1948, bei der mehr als 80 Prozent der palästinensischen Bevölkerung vertrieben wurden oder geflohen sind, und erklärte: "Wir rollen gerade die Gaza-Nakba aus".

14. Text



Human Rights Watch am 6. Oktober 2024:

„Fast alle Zivilist*innen in Gaza wurden vertrieben und sind auf einem Gebiet zusammengedrängt, das gerade einmal 3% des Territoriums von Gaza ausmacht. Fast alle leiden Hunger. Kinder haben keine Schule und sind traumatisiert. (...) Ganze Stadtviertel wurden dem Erdboden gleich gemacht.“

15. Text



Der israelische Oberst Bar-Sheshet am 4. November 2023:

„Wer hierher zurückkehrt, wenn er denn zurückkehrt, wird verbrannte Erde vorfinden. Keine Häuser, keine Landwirtschaft, kein gar nichts. Sie haben keine Zukunft.“

„Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem Gazastreifen in den Sinai“

– so lautet die favorisierte Option C im „Grundsatzpapier: Optionen für eine Politik gegenüber der Zivilbevölkerung im Gazastreifen“, das vom israelischen Ministerium für Geheimdienste - Abteilung Politik vor einem Jahr veröffentlicht wurde.

Der Untertitel lautet: „Es gibt derzeit eine einzigartige und seltene Gelegenheit, den gesamten Gazastreifen in Abstimmung mit der ägyptischen Regierung zu evakuieren.“

Daraufhin warnte die UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in den besetzten palästinensischen Gebieten, Francesca Albanese, vor einer „ethnischen Massensäuberung“. ... Angesichts der Invasion im Gazastreifen erwägen die Siedler nun, in den Gazastreifen zurückzukehren und neue Siedlungen zu bauen.

16. Text



Olaf Scholz am 19. Oktober 2024:

... "Deutschland hat nicht die Einschätzung (...), dass der Vorwurf des Völkermords gerechtfertigt ist"

Moderation:

Hunger

17. Text



UN-News vom 13.Juni 2024:

Der Generaldirektor der WHO warnte , dass „ein bedeutender Teil der Bevölkerung von Gaza nun mit katastrophalem Hunger und Hungersnot konfrontiert ist“. „Bis heute wurden 8000 Minderjährige als akut unterernährt diagnostiziert und behandelt, darunter 1.600 Kinder mit der gefährlichsten Form von Unterernährung“.(...) „Laut UNICEF können lebensrettende Behandlungen von gefährlich unterernährten Kindern immer weniger durchgeführt werden.“

UN-News vom 9. August 2024:

„Der Hochkommissar der UN für Menschenrechte, Volker Türk 'ist von den Aussagen des israelischen Finanzministers Bezale Smotrich schockiert und entsetzt, wonach es zur Befreiung der Geiseln 'gerechtfertigt und moralisch' sei, zwei Millionen Palästinenser verhungern zu lassen. Der Hochkommissar verurteilte diese Worte, die auch zu Hass gegen unschuldige Zivilisten aufhetzen, aufs Schärfste.“ (...)

18. Text

Generalmajor der israelischen Armee Eiland am 7. Oktober 2023:



„Um die Belagerung wirksam zu machen, müssen wir andere daran hindern, dem Gazastreifen Hilfe zu leisten. Man sollte den Menschen sagen, dass sie zwei Möglichkeiten haben: zu bleiben und zu hungern oder zu gehen. Wenn Ägypten und andere Länder es vorziehen, dass diese Menschen im Gazastreifen umkommen, ist das ihre Entscheidung“. [...] „Die internationale Gemeinschaft warnt uns vor einer humanitären Katastrophe in Gaza und vor schweren Epidemien. Davor dürfen wir nicht zurückschrecken, so schwierig das auch sein mag. Schließlich werden schwere Epidemien im Süden des Gazastreifens den Sieg näher bringen. (...) Gerade sein ziviler Zusammenbruch wird das Ende des Krieges näher bringen.“

19. Text



Südafrika erklärte dazu:

Solche Aussagen stellen eine klare direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord dar, die unkontrolliert und ungestraft geblieben ist.“

20. Text



Standing Together, eine israelische Organisation

organisierte gemeinsam mit anderen Organisationen den Schutz von Lebensmittellieferungen bis zum Grenzübergang nach Gaza.

Eigentlich ist das israelische Militär offiziell für den Schutz der Lieferungen vor Übergriffen zuständig. Doch es kommt seinem Auftrag oft nicht nach. Schlimmer noch, das Militär verriet die Routen der LKWs gewaltbereiten Siedlern.

Der Schutz durch Standing Together und ihre Verbündeten verhinderten zwei Wochen lang Angriffe auf LKWs. Die Angreifer gaben irgendwann auf. Die rechtsradikalen Gruppen und die Siedler verkündeten frustriert, dass sie die LKWs nicht länger blockieren oder attackieren würden.

Moderation:

Kinder in Gaza

21. Text



Die Kinderrechtsorganisation „Save the Children“ berichtet am 24.Juni 2024:

Mindestens 21.000 Kinder werden Schätzungen zufolge im Gazastreifen vermisst. Sie irren allein umher, sind inhaftiert, unter Trümmern verschüttet oder in Massengräbern begraben. ... 'Eltern, die nicht wissen, ob ihre Kinder noch leben und Kinder, die in einem Konfliktgebiet auf sich allein gestellt sind: Das ist der Albtraum, in dem Familien im Gazastreifen leben. ... Jeden Tag finden unsere Teams mehr unbegleitete Kinder und jeden Tag wird es schwieriger, sie zu unterstützen.'

22. Text



Olaf Scholz am 16.03.2024:

„Wir sind fest an der Seite Israels bei der Verteidigung des eigenen Landes, und Israel hat jedes Recht, sich gegen den Angriff der Hamas zur Wehr zu setzen. Gleichzeitig geht es darum, dass die Regeln des Völkerrechts beachtet werden ...“

23. Text



Erklärung des UNICEF-Kommunikationsbeauftragten Salim Oweis zu den Auswirkungen des Konflikts auf Kinder im Gazastreifen, 9. August 2024

„Wir können es nicht oft genug sagen: Es gibt keinen sicheren Ort und sämtliche Ressourcen werden knapp – Lebensmittel, Wasser, Treibstoff, Medikamente. Einfach alles.

Wenn man durch die Labyrinth von Notunterkünften geht, hat man Mühe, den Sand, auf dem sie liegen, zu erklimmen. Man riecht den starken Geruch von Abwasser, der die Wege umgibt. Wasser und Abfall sind ein grosses Problem. Ein krankes Kind im Gazastreifen ist zu einem langsamen Tod verurteilt. Denn es erhält nicht die notwendige Behandlung und wird wahrscheinlich nicht lange genug überleben, um zu überleben. Man ist überwältigt von den vielen Kindern, die sich um die Wege herumtreiben und nur eine Frage stellen: Mister, wann wird der Krieg enden? Ihre einzige Hoffnung auf Überleben ist ein Waffenstillstand. Die Kinder in Gaza klammern sich immer noch an den Glauben, dass dieser Tag kommen wird. UNICEF teilt diese Hoffnung. Ein Waffenstillstand ist immer noch möglich. Er ist notwendiger denn je und längst überfällig. Jeder muss alles in seiner Macht Stehende tun, um sich dafür einzusetzen.»

Moderation:

Willkürliche Verhaftungen und Folter in israelischen Gefangenenlagern

24. Text



Ein Bericht der UN-Menschenrechtskommission vom 5. August 2024:

„Etwa 9.500 Palästinenser, darunter hunderte Frauen und Kinder, befinden sich derzeit in israelischer Haft. Eine unbekannte Anzahl wird willkürlich in Gefangenen-Lagern festgehalten. Zahllose Zeugnisse von Männern und Frauen berichten von Gefangenen in käfigartigen Zellen, festgebunden an Betten, die Augen verbunden, ~~in Windeln~~, nackt ausgezogen, ohne die notwendige Gesundheitsversorgung, Essen, Wasser und Schlaf. Manche berichten von Elektroschocks ~~an ihren Genitalien~~, ebenso von Brandwunden von Zigaretten. (...) Einige Opfer sprachen auch von lauter Musik bis die Ohren bluteten, Angriffen durch Hunde, Waterboarding, Entzug von Decken und schwere sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt.

Angaben zu einer Gruppenvergewaltigung eines palästinensischen Häftlings, die nun auf schockierende Weise von Stimmen aus dem israelischen politischen Establishment und der Gesellschaft begrüßt wird, belegen eindeutig, dass der moralische Kompass verloren wurde ...“

Dies ist nur ein kleines Spotlight auf das Grauen, das inhaftierte Palästinenser in israelischen Lagern erfahren.

25. Text



Muhammad Shams (70):

„Über Lautsprecher befahlen uns die Soldaten, auf die Straße zu kommen. Sie befahlen uns, uns mit dem Gesicht zur Wand aufzustellen und zwangen uns, uns bis auf die Unterwäsche auszuziehen. Wir waren fast 300 Leute, nackt. Sie zwangen uns, niederzuknien und fesselten unsere Hände mit Kabelbindern. So ließen sie uns für 4 Stunden, verfluchten uns und unsere Mütter ständig. Sie schlugen uns mit ihren Gewehren auf den Kopf und auf andere Körperteile und traten uns ins Gesicht mit ihren Militärstiefeln. Ich blutete von den Tritten.“

26. Text



Das israelisch-palästinensische Magazin +972 veröffentlichte am 8. Juli 2024 Interviews mit 6 Soldaten:

„In vielen Fällen werden große Landstriche zu 'Tötungszonen' erklärt, ohne die Menschen in Gaza zu informieren, und dann wird jeder getötet, der in diesen Gebieten angetroffen wird. Auch Menschen, die aus ihren Fenstern schauen, gelten als verdächtig und können erschossen werden ... Die Offiziere bezeichneten alle männlichen Personen, die sie töteten als 'Terroristen' und machten die Anzahl der Getöteten zu einer Art Wettbewerb zwischen den Einheiten. Die Soldaten töteten nicht nur Zivilisten, sondern setzen auch Bulldozer ein, um die Leichen unter die Trümmer zu schieben oder sie zu vergraben, damit sie nicht gefunden werden. Die Soldaten berichten, dass sie ausgiebig plündern, alles mitnehmen, was sie wollen, und die Häuser niederbrennen, wenn sie gehen.

27. Text



**Menschliche Schutzschilde:
Die New York Times vom 14. Oktober 2024 berichtet:**

„Herr Shubeir, damals 17, sagte, er wurde gezwungen, mit gefesselten Händen durch die leeren Ruinen seiner Heimatstadt im südlichen Gaza zu gehen, um nach Sprengsätzen der Hamas zu suchen. Um zu vermeiden, selbst in die Luft gesprengt zu werden, ließen die Soldaten ihn voran gehen, sagte Herr Shubeir. ...

Eine Recherche der New York Times fand heraus, dass israelische Soldaten und Geheimdienstagenten während des gesamten GazaKrieges regelmäßig verhaftete Palästinenser wie Herrn Shubeir gezwungen haben, lebensgefährliche Durchsuchungen durchzuführen, um zu vermeiden, israelische Soldaten einem Risiko auf dem Schlachtfeld auszusetzen.

28. Text



Olaf Scholz am 26. Oktober 2023:

"Israel ist ein demokratischer Staat mit sehr humanitären Prinzipien, die ihn leiten, und deshalb kann man sicher sein, dass die israelische Armee auch bei dem, was sie macht, die Regeln beachten wird, die sich aus dem Völkerrecht ergeben. Da habe ich keinen Zweifel."

29. Text



Dazu Prof. Janina Dill, Völkerrechtlerin Universität Oxford:

"Die Aussage ist völkerrechtlich verantwortungslos. Deutschland ist eine hohe Vertragspartei der Genfer Konventionen und hat damit die Pflicht, das humanitäre Völkerrecht nicht nur selbst einzuhalten, sondern auch seine Einhaltung durch andere sicherzustellen.

30. Text



German Foreign Policy am 11. Oktober 2024:

Bei der Bundeswehr heißt es, die Kooperation mit den israelischen Streitkräften, die Verantwortung für die Zerstörungen, mutmaßliche Kriegsverbrechen und den Beschuss von UN-Blauhelmen tragen, sei 'unglaublich eng'."

Moderation:

Widerständige Israelis:

31. Text



Drei 18-jährige Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen wurden zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt

Aus der Ablehnungserklärung von Wehrdienstverweigerer Yuval Moav, 18 Jahre:

„Mit meiner einfachen Handlung möchte ich mich mit meinen palästinensischen Brüdern und Schwestern solidarisch erklären. Ich weiß, dass jedes Kind in Gaza gezwungen ist, ein größerer Held zu sein, als ich es je sein werde.

Ich weiß, dass es Kinder – jünger als ich – gibt, die ohne eigenes Verschulden in israelischen Gefängnissen sitzen, und deren Schmerz ich nie kennenlernen werde. Ich gebe auch zu, dass ich nicht die Mehrheitsmeinung in meiner Gesellschaft vertrete. Aber ich hoffe, mit meiner Aktion die Stimme derjenigen von uns zu erheben, die auf den Tag warten, an dem wir eine gemeinsame Zukunft aufbauen können, eine Gesellschaft, die auf Frieden und Gleichheit und nicht auf Besatzung und Apartheid beruht.“

32. Text



„Breaking the Silence“:

Wir sind eine Organisation von Soldatenveteranen, die seit Beginn der Zweiten Intifada im israelischen Militär gedient haben und es sich zur Aufgabe machen, die Öffentlichkeit mit der Realität des täglichen Lebens in den besetzten Gebieten vertraut zu machen. Unsere Arbeit zielt darauf ab, die Besatzung zu beenden.“

Combatants for Peace:

Wir, Palästinenser und Israelis, leisten gemeinsam Widerstand gegen die Gewalt, die Unterdrückung und die Ungerechtigkeit. Wir wählen den Weg des Friedens und des gegenseitigen Respekts. Wir bereiten den Weg für künftige Generationen. Wir lieben unser gemeinsames Land, und wir wissen, dass es Platz für zwei Völker hat.

33. Text



Dezember 2023: Südafrika erhebt Klage gegen Israel beim Internationalen Gerichtshof.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) nahm die Klage an und entschied am **26. Januar 2024**, dass das derzeitige Verhalten Israels im Gazastreifen die Gefahr eines Völkermords birgt, und forderte Israel auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um diesen zu verhindern. Der Staat Israel müsse mit sofortiger Wirkung sicher stellen, dass sein Militär keine Handlungen begehe, die die Tötung oder sonstigen körperlichen oder seelischen Schaden bei palästinensischen Zivilisten zur Folge hätten. Dies schließt auch die Herbeiführung von Lebensbedingungen ein, die ihre vollständige oder teilweise physische Vernichtung herbeiführen sollen.

Alle diese verbindlichen Anordnungen wurden von Israel ignoriert. Weltweit unterstützen 30 Staaten die Klage Südafrikas, darunter auch europäische wie Belgien, Spanien und Irland, „Das einzige Land, das sich formell auf die andere Seite stellen möchte, ist Deutschland. Die Bundesregierung kündigte an, in dem Fall zugunsten Israels zu intervenieren.“

34. Text



Annalena Baerbock am 10. Oktober 2024:

Wenn Hamas-Terroristen sich hinter Menschen, hinter Schulen verschanzen, dann kommen wir in ganz schwierige Bereiche. Aber wir ducken uns davor nicht weg. ... Dann können auch zivile Orte ihren Schutzstatus verlieren; weil Terroristen diesen missbrauchen. Dazu steht Deutschland, das bedeutet für uns Sicherheit Israels.“

35. Text



Die UN-Sonderberichterstatterin für die palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, warnte:

„Wenn Deutschland sich tatsächlich dafür entschieden habe, sich an die Seite eines Staates zu stellen, der internationale Verbrechen begeht, dann ist das eine politische Entscheidung, die bedeutende rechtliche Konsequenzen mit sich bringt.“

36. Text



Olaf Scholz am 7. Oktober 2024:

„Mit dem Angriff hat die Hamas zugleich aber auch eine Katastrophe für das palästinensische Volk ausgelöst.“

37. Text



Moshe Zuckermann (deutsch-israelischer Wissenschaftler):

„Man vergisst nur immer wieder, wer Geburtshelfer der Hamas gewesen ist, das waren die Israelis. In den 1970er und 1980er Jahren wurde Hamas gefördert, teilweise auch finanziert, um einen Keil zwischen den Hamas-Palästinensern und den PLO-Palästinensern zu schieben.“

38. Text



Netanyahu (zitiert in [Jerusalem Post](#), 12. März 2019):

"Jeder, der gegen die Gründung eines palästinensischen Staates ist, sollte den Zufluss von Geldern nach Gaza unterstützen, da die Trennung zwischen der Palästinensischen Behörde im Westjordanland und der Hamas in Gaza die Gründung eines palästinensischen Staates verhindern wird."

39. Text



Der palästinensische Arzt und Aktivist Mustafa Barghouti am 28. August 2024:

„Was jetzt im Westjordanland passiert, beweist, dass der israelische Angriff auf Palästinenser nicht wegen der Hamas erfolgt, weil die Hamas nicht im Westjordanland regiert. ... Es ist ein Krieg des Siedlerkolonialismus, der die palästinensische Bevölkerung im 21. Jahrhundert auslöschen will.“

Moderation

Deutsche Waffenlieferungen

40. Text



Am 5. April 2024 berichtet die taz:

Deutschland ist einer der wichtigsten ausländischen Waffenlieferanten der israelischen Armee, und deutsche Waffenexporte wurden in den vergangenen Jahren trotz der andauernden israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete sowie mehrerer umstrittener militärischer Offensiven der israelischen Armee im Gazastreifen, in der Regel ohne Einschränkungen genehmigt. ...

41. Text



Olaf Scholz am 10. Oktober 2024 im Bundestag:

"Wir haben Waffen geliefert und wir werden Waffen liefern (...) wir haben in der Regierung auch Entscheidungen getroffen, die sicherstellen, dass es demnächst weitere Lieferungen geben wird."

42. Text



Im Februar 2024 reichte Nicaragua gegen Deutschland [Klage](#) beim IGH ein wegen "Beihilfe zum Völkermord".

„Während die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen die illegalen Handlungen Israels verurteilten, bekräftigte der deutsche Bundeskanzler am 12. Oktober 2023 die volle Unterstützung Deutschlands für Israels Militäraktion, die bereits offenkundig willkürlich war. ...

Am 12. November 2023 erklärte der deutsche Bundeskanzler öffentlich, dass er gegen einen dringend notwendigen Waffenstillstand sei. Die öffentlichen Aufrufe, das Massaker zu stoppen, waren zahlreich und wurden fortgesetzt. Dennoch setzte Deutschland seine Unterstützung für Israel fort.

Bis Ende 2023 hatte die Bundesregierung Rüstungsexporte nach Israel im Wert von 326 Millionen Euro bewilligt.“

43. Text



Juli 2024: Shir Hever, deutsch-israelischer Politökonom, über die deutschen Waffenlieferungen an Israel:

Deutschland hat eine Kategorie erfunden, die nur in Deutschland existiert: einen Unterschied zwischen Kriegswaffen und anderen Waffen. Diesen Unterschied kennt kein anderes Land, denn Waffen sind Waffen und töten. Kriegswaffen sind zum Beispiel die Kriegsschiffe und die U-Boote, die Deutschland an Israel verkauft hat. Deutschland sagt, die U-Boote werden nicht gegen Gaza eingesetzt, deswegen seien sie nicht nicht von Bedeutung. Auch Großmunition gehört zu den Kriegswaffen.

Aber es gibt auch viele Waffen, die von Deutschland nicht als Kriegswaffen eingestuft sind, zum Beispiel die Motoren für die Panzer, die ein deutsche Triebwerkhersteller produziert. Wir haben sehr viele Beweise und Indizien aus Gaza, dass israelische Soldaten mit ihren Panzern absichtlich Zivilisten überfahren haben. Also sind diese Motoren eine tödliche Waffe, das weiß die deutsche Regierung natürlich. Damit keine Kritik kommt, benutzt die deutsche Regierung diese zwei Kategorien, um zu behaupten, die Kriegswaffenlieferung an Israel sei fast gestoppt. Gleichzeitig verkaufen sie immer mehr Waffen. ...

Am 24. Oktober 2024 wurde bekannt, dass allein seit August Ausfuhren von Rüstungsgütern im Wert von 94 Millionen Euro erlaubt wurden.

***Moderation: Es begann nicht am 7. Oktober 2023:
Ethnische Säuberung und Besetzung Palästinas durch Israel***

1947 wurde Palästina gemäß eines Beschlusses der UNO zweigeteilt, 55% für die Juden, 45% für die Palästinenser. Die israelische Staatsgründung erfolgte am 15. Mai 1948

44. Text



Der jüdische Siedler Nathan Chofshi, 1959:

„Wir Juden zwangen 1948 die Araber, Städte und Dörfer zu verlassen (...) Einige von ihnen wurden mit Waffengewalt vertrieben; andere wurden mit List, Lüge und falschen Versprechungen zur Flucht animiert (...) . Wir sind gekommen und haben aus Arabern als Bewohnern dieses Landes tragische Flüchtlinge gemacht.“

45. Text



Nach der Vertreibung von rund 750 000 Palästinensern, „Nakba“ genannt beschloss die UN-Generalversammlung am 11. Dezember 1948

„[...] , dass den Flüchtlingen, die in ihre Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühesten möglichen Zeitpunkt gestattet werden soll und dass für das Eigentum derjenigen, die sich entscheiden, nicht zurückzukehren, und für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum (...) Entschädigung gezahlt werden soll;“ (UN-Resolution 194)

**Nach dem „6-Tagekrieg“ von 1967 hat Israel alle palästinensischen Gebiete besetzt.
Am 22. November 1967 betont der UN-Sicherheitsrat**

„die Unzulässigkeit, Gebiete durch Kriege zu erwerben.“ und fordert unter anderem den „Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden.“

46. Text



1973: Israels früherer Ministerpräsident David Ben Gurion sah weiter:

„Es ist unerlässlich, dass die Wasserressourcen, von denen die Zukunft des Landes abhängt, nicht außerhalb der Grenzen der künftigen jüdischen Heimstätte liegen. Aus diesem Grund haben wir stets verlangt, dass das Land Israel das Südufer des Litani-Flusses, den Oberlauf des Jordan und die Hauran-Region ab der El-Aura-Quelle südlich von Damaskus umfasst.“

47. Text



2002: Der palästinensische Politiker und Anwalt Dr. Mustafa Barghouti

"Es gibt nur einen Weg, jegliche Gewalt zu beenden, und das ist die Beendigung der israelischen Besatzung. Wir sollten alle das gleichberechtigt leben, wir sollten alle Frieden haben, wir sollten alle Gerechtigkeit haben, und wir sollten in Würde leben.“

48. Text



September 2003: Siebenundzwanzig Piloten der israelischen Luftwaffe, davon neun aktive, erklären:

„Wir, ehemalige und aktive Piloten, die dem Staate Israel gedient haben und noch dienen, sind dagegen, rechtswidrigen und unmoralischen Angriffsbefehlen des Typs zu folgen, wie Israel sie in den [besetzten] Gebieten ausführt... Die israelischen Verteidigungsstreitkräfte und die Luftwaffe stellen für uns einen entscheidenden Bestandteil unseres Lebens dar, aber wir weigern uns, weiter unschuldige Zivilisten zu treffen ... Die fortgesetzte Besatzung verletzt zutiefst die Sicherheit des Landes und sein moralisches Rückgrat.“

Moderation:

Die Blockade von Gaza

49. Text



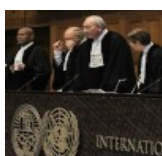
Im Jahre 2004 legte der israelische Demograph Arnon Sofer der Regierung von Ariel Sharon detaillierte Pläne für die Isolierung des Gazastreifens vor und machte folgende Überlegungen:

„Wenn 2,5 Millionen Menschen in einem abgeriegelten Gazastreifen leben, wird das eine menschliche Katastrophe sein. Diese Menschen werden zu noch größeren Tieren werden, als sie es heute sind ... Der Druck an der Grenze wird furchtbar sein. Es wird ein schrecklicher Krieg werden. Wenn wir also am Leben bleiben wollen, werden wir töten, töten und töten müssen. Den ganzen Tag, jeden Tag ... Das Einzige, was mich beunruhigt, ist die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass die Jungen und Männer, die das Töten übernehmen müssen, nach Hause zu ihren Familien zurückkehren und normale Menschen sein können.“

Moderation:

Die sogenannte „Trennungsmauer“

51. Text



Aus der Klageschrift Südafrikas beim Internationalen Gerichtshof:

Seit 1967 hat Israel 279 "Siedlungen" für israelische Zivilisten im gesamten Westjordanland errichtet - darunter 14 Siedlungen in Ostjerusalem - und sich dabei rund 750 Quadratkilometer palästinensischen Landes angeeignet.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat wiederholt erklärt, dass die Errichtung solcher Siedlungen durch Israel "keine Rechtsgültigkeit hat und eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und ein großes Hindernis für die Verwirklichung der Zweistaatenlösung und eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens darstellt". ...

Ungeachtet dessen ist die Zahl der israelischen Siedler von schätzungsweise 247.000 zur Zeit des Osloer Abkommens (1993) auf über 700.000 im Jahr 2023 gestiegen. Die Palästinenser im Westjordanland sind hinter einer Trennungsmauer eingeschlossen und sind folgenden Maßnahmen ausgesetzt:

- diskriminierende Flächennutzungs- und Planungspolitik;
- strafbewehrte und behördlich angeordnete Hauszerstörungen;
- gewaltsame Übergriffe der israelischen Armee;
- routinemäßige gewaltsame israelische Razzien in ihren Häusern;
- willkürliche Verhaftungen und unbefristet verlängerbare Haft Internierung ohne Gerichtsverfahren;
- ein zweigeteiltes Rechtssystem, nach dem Palästinenser gemäß der israelischen Militärgesetzgebung vor israelischen Militärgerichten ohne den grundlegenden Schutz des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte verurteilt werden, während israelische Siedler, die in demselben Gebiet leben, einem anderen Rechtssystem unterliegen und vor israelischen Zivilgerichten in ordnungsgemäßen Verfahren Recht erfahren.

Seit dem 7. Oktober 2023 haben die israelischen Streitkräfte Luftangriffe und militärische Angriffe auf Flüchtlingslager im Westjordanland durchgeführt, bei denen zahlreiche Palästinenser getötet, Straßen mit Bulldozern geräumt und die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt wurden. Auch die bewaffneten Angriffe israelischer Siedler auf Palästinenser – von israelischen Politikern offen unterstützt – haben dramatisch zugenommen.“

50. Text



25. Januar 2004 : Brief von israelischen Friedensorganisationen an die israelische Regierung: Nicht in unserem Namen!

(... Wenn Ihre Regierung aufrichtig die Beendigung des Terrorismus und die Sicherheit für unser Volk wünschte, hätte sie sich aktiv in einem politischen Prozess engagiert und von einem einseitigen Akt des Baus einer Mauer, die nur die Okkupation und den Konflikt weiterführt, abgesehen. (...) Ihr wahres Ziel der Errichtung der Mauer entlang ihres gegenwärtigen aggressiven und inakzeptablen Verlaufs ist eher durch politische Ziele motiviert als durch echte Sicherheitsbelange. Das Ziel ist es, nach mehr und mehr palästinensischem Land zu greifen, große Siedlungsblöcke zu annektieren und am Ende die Möglichkeit eines existenzfähigen palästinensischen Staates auszuschließen.

Wir weigern uns, Teil dieser Bestrebungen zu sein, die wir auf Äußerer ablehnen. Ihre Vertreter vor dem Internationalen Gerichtshof sprechen nicht in unserem Namen oder im Namen von Millionen von Israelis, die sich nach einem Ende des Konfliktes sehnen.

52. Text



Am 19. Juli 2024 hat der Internationale Gerichtshof am 19. Juli 2024 ein Gutachten zu den rechtlichen Folgen der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, abgegeben. Aus der Presseerklärung des IGH zum Gutachten.

„Schlussfolgerungen:

- Die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten ist rechtswidrig.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, seine unrechtmäßige Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich zu beenden.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, alle neuen Siedlungsaktivitäten unverzüglich einzustellen und Alle Siedler aus den besetzten palästinensischen Gebieten zu evakuieren.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, den Schaden, der allen betroffenen natürlichen oder juristischen Personen in den besetzten palästinensischen Gebieten entstanden ist, wieder gutzumachen.
- Alle Staaten und internationalen Organisationen sind verpflichtet, die durch die unrechtmäßige Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffene Situation als nicht rechtmäßig anzuerkennen und keine Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der durch die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffenen Situation zu leisten. (...)

Die israelische Regierung wies das Ergebnis des Gutachtens sofort zurück.

Moderation:

Perspektiven für einen gerechten Frieden?

53. Text



Zochrot (auf deutsch "Wir erinnern uns") ist eine israelische Organisation. Sie setzt sich zum Ziel, die *Nakba*, also die Vertreibung und Flucht von Palästinensern in den Jahren 1948/49 möglichst konkret als wesentliches Ereignis des israelisch-palästinensischen Konflikts in die jüdisch-israelische Diskussion einzubringen.

Sie erklärte im Oktober 2023:

“Die Sicherheit der Israelis darf nicht von der Unterdrückung und Enteignung der Palästinenser abhängen. Vielmehr sind unsere Sicherheit und unser Wohlergehen von der Sicherheit gegenseitig abhängig.

Niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind.

Inmitten von Tod und Zerstörung war es noch nie so wichtig wie heute, die Vision der Entkolonialisierung, der Rückkehr der Flüchtlinge, einschließlich der Flüchtlinge in Gaza hochzuhalten, und auch die Vision eines gemeinsamen, gerechten und friedlichen Raums für alle, die hier leben.

Die Verantwortung, den Kreislauf der Gewalt zu beenden, liegt bei uns, und sie sollte durch Entkolonialisierung erreicht werden. Wenn jeder friedliche oder disziplinierte Weg zur Befreiung blockiert ist, werden unterdrückte Menschen auf die jahrzehntelange Gewalt, die ihnen angetan wurde, mit Gewalt reagieren. (...) Veränderung ist möglich. Aber wer hat die Macht zur Veränderung? Die Palästinenser haben eine lange Geschichte der Besatzung, des Siedlerkolonialismus und der Gewalt erduldet.

Wenn wir von der Beendigung des Kreislaufs der Gewalt sprechen, ist es Israel als Besatzungsmacht, das den Schlüssel zur Verwirklichung dieses Ziels in der Hand hält, und es ist die israelische Gesellschaft, die einen anderen Weg wählen muss.”

54. Text



17. November 2023 auf einem UN-Treffen erklärt Nada Abu Tarbush, Vertreterin des Staates Palästinas, an die Adresse des israelischen Vertreters:

Menschen jüdischen Glaubens haben im historischen Palästina seit Jahrhunderten als Palästinenser gelebt. Wir betrachten sie als unsere Brüder und Schwestern, und da hier die Erinnerung an den Holocaust beschworen wurde, wollen wir auch laut und deutlich sagen: Wir sind sowohl mit den Opfern als auch mit den Überlebenden des Holocausts in höchstem Maße solidarisch.

Es waren nicht die Palästinenser, die diesen schrecklichen Völkermord begangen haben, sondern die faschistischen Kräfte, die von Europa ausgingen, und es ist gewissenlos, dass eine Reihe von europäischen Politikern erneut die Trommel schlagen, während in Gaza ein weiterer Völkermord im Gange ist.

Marwan Barghouti, Mitglied der Palästinensischen Nationalversammlung und Fatah-Generalsekretär, erklärte im Januar 2002:

„Es darf nicht vergessen gehen, dass wir Palästinenser den Staat Israel auf 78 Prozent unseres Landes anerkannt haben. Es ist Israel, welches das Recht Palästinas, auf den restlichen 22 Prozent des Landes zu existieren, nicht anerkennt.“

Er ist seit dem 15. April 2002 in israelischer Gefangenschaft

Moderation:

Israelis und Palästinenser gemeinsam für den Frieden

55. Text



Das „Israelische Komitee gegen Hauszerstörung“ erklärt:

Wir sollten nicht länger von einem „Konflikt“ sprechen, in dem der palästinensische Widerstand kriminalisiert und Israels Expansion mit militärischen Mitteln als sein „Recht auf Selbstverteidigung“ dargestellt wird. Nur ein Wechsel zu einem antikolonialen Narrativ wird das Entstehen eines gerechten, friedlichen und sicheren postkolonialen Staates und einer gemeinsamen Gesellschaft ermöglichen.“

56. Text



Aufruf von palästinensischen und israelischen Müttern für Frieden:

Wir fordern, dass unsere Staats- und Regierungschefs unserem Aufruf nachkommen und umgehend Friedensgespräche und -verhandlungen beginnen.

Wir rufen die Frauen der Welt auf, uns zu unterstützen, für eine Zukunft von Frieden, Sicherheit, Wohlstand, Würde und Freiheit für uns selbst, unsere Kinder und die Menschen in der Region.

Die Initiatoren des Protests „**Rabbis for human rights**“

sind im Westjordanland aktiv, wo sie insbesondere palästinensische Bäuerinnen und Bauern vor Angriffen von Siedlern schützen.

58. Text



Israelische Staatsbürger*innen rufen zu wirksamem internationalem Druck für einen sofortigen Waffenstillstand auf:

„Wir, israelische Staatsbürger*innen, die innerhalb sowie außerhalb Israels wohnen, rufen die internationale Gemeinschaft – die UN und ihre Einrichtungen, die USA, die EU, die arabische Liga und alle Staaten auf, sofort einzugreifen und jede Maßnahme anzuwenden, um einen sofortigen Waffenstillstand zwischen Israel und dessen Nachbarstaaten für die Zukunft beider Völker in Israel/Palästina und aller Völker der Region, sowie ihr Recht auf Sicherheit und Leben, zu erreichen.

Viele von uns sind seit Jahrzehnten Aktivist*innen gegen die Besatzung und für Frieden und gemeinsame Existenz auf diesem Land. Wir sind aus Liebe zu diesem Land und seiner Bewohner*innen angetrieben, und wir machen uns um ihre Zukunft Sorgen. Wir wurden von den

Kriegsverbrechen geschockt, die die Hamas und andere Organisationen am 7. Oktober begangen haben, und wir sind von den zahllosen Kriegsverbrechen geschockt, die Israel begeht. Leider unterstützt die Mehrheit der Israelis die Weiterführung des Krieges, und ein Wandel von innen heraus ist zurzeit nicht möglich. Israel befindet sich auf einem suizidalen Kurs und sät täglich zunehmende Zerstörung und Verwüstung.

Die israelische Regierung hat ihre entführten Bürger*innen im Stich gelassen (und manche davon getötet). Sie hat die Zukunft ihrer Bürger*innen, insbesondere die Bewohner*innen von Nord- und Südisrael, im Stich gelassen. Die palästinensischen Staatsbürger*innen Israels werden sowohl von Staatsbehörden als auch der Mehrheitsgesellschaft verfolgt und zum Schweigen gebracht. Die Unterdrückung, Ausgrenzung und politische Verfolgung sind unserer Meinung nach einer der Gründe, weshalb viele unserer Genoss*innen diesen Aufruf nicht unterzeichnet haben.

Jeder vergangene Tag macht jegliche Zukunftsaussicht von Versöhnung und Frieden, von einer Zukunft, in der israelische Juden*Jüdinnen in Sicherheit in diesem Raum leben können unmöglicher. Dies sind zwar dauerhafte Prozesse, das Massaker und die Zerstörung müssen jedoch sofort gestoppt werden!

Die Abwesenheit von wirkendem internationalem Druck, die Fortsetzung der Waffenlieferung an Israel sowie die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Abkommen verursachen, dass die meisten Israelis glauben, dass die Politik Israels internationale Unterstützung habe. Viele Politiker*innen äußern sich erschreckt und verurteilen das Vorgehen Israels, jedoch folgt diesen Wörtern kein tatsächliches Handeln.

Wir haben die Nase voll von leeren Wörtern und Aussagen.

Bitte, für unsere Zukunft und die Zukunft aller Völker dieser Region, rettet uns vor uns, übt tatsächlichen Druck auf Israel für einen sofortigen Waffenstillstand aus.

Moderation:

[Israelis und Palästinenser gemeinsam für den Frieden](#)

59. Text



**Vor einem Jahr, am 16. Oktober 2023, haben die palästinensischen Gewerkschaften einen dringenden Appell veröffentlicht:
Beendet alle Komplizenschaft, stoppt die Bewaffnung Israels (...)**

Diese bedrohliche, völkermörderische Situation kann nur durch einen massiven Anstieg der weltweiten Solidarität mit dem palästinensischen Volk abgewendet werden, wodurch die israelische Kriegsmaschinerie gebremst werden kann. Wir brauchen Sie, um sofortige Maßnahmen zu ergreifen - wo auch immer Sie sich in der Welt befinden - um die Aufrüstung des israelischen Staates und der an der Infrastruktur der Blockade beteiligten Unternehmen zu verhindern.

Wir rufen die Gewerkschaften in den betreffenden Branchen auf:

1. Sich zu weigern, für Israel bestimmte Waffen zu bauen.
2. Sich zu weigern, Waffen nach Israel zu transportieren.
3. In ihrer Gewerkschaft entsprechende Anträge zu stellen.
4. Gegen mitschuldige Unternehmen vorzugehen, die an der Umsetzung der brutalen und illegalen Belagerung Israels beteiligt sind, insbesondere wenn sie Verträge mit Ihrer Institution haben.
5. Druck auf die Regierungen ausüben, um den gesamten Militärhandel mit Israel und im Falle der USA die Finanzierung des Landes zu stoppen.

Wir fordern Sie auf, Ihre Stimme zu erheben und angesichts der Ungerechtigkeit aktiv zu werden, wie es die Gewerkschaften in der Vergangenheit getan haben. Wir machen diesen Aufruf in der Überzeugung, dass der Kampf für palästinensische Gerechtigkeit und Befreiung nicht nur ein regionaler und globaler Kampf ist. Er ist ein Hebel für die Befreiung aller enteigneten und ausgebeuteten Menschen in der Welt.

60. Text



2002 schrieb Edward Said, ein US-Amerikaner palästinensischer Herkunft zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel:

Deutschland spielt eine besondere Rolle. Eine ganze Nation von Palästinensern wurde im Laufe der letzten Jahrhunderthälfte verdrängt und enteignet, vor allem auf Grund des europäischen Antisemitismus. Was den Juden Europas (besonders durch Deutsche) widerfuhr, war eine Katastrophe, für die das palästinensische Volk – das an der Katastrophe keinen Anteil hatte – mit der Zerstörung ihrer Gesellschaft im Jahre 1948 und ab 1967 mit der militärischen Okkupation des ihm verbliebenen Landes bezahlen musste. Die offizielle deutsche Haltung zu Problemen des Nahen Ostens hält sich eng an die vorgegebenen Leitlinien amerikanischer Politik, die sich auch in der europäischen Union durchgesetzt haben – auch wenn die Amerikaner in ihrer politischen und wirtschaftlichen Unterstützung Israels sehr viel weiter gehen als die Europäer. Gewiss, es war richtig, dass das deutsche Volk Israel Reparationen zahlte, aber warum glaubt man in Deutschland, der vollkommen gerechtfertigte Kampf um die palästinensische Selbstbestimmung ließe sich entweder ignorieren oder nur mit bloßen Erklärungen hier und da unterstützen? (...) Deutschland hat noch eine Verantwortung, der es sich nicht länger entziehen kann.

61. Text



Fünf Forderungen an die Bundesregierung:

Erstens:

„sich entschiedener für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und den Schutz der Zivilbevölkerung einzufordern; von Israel mit deutlich mehr Druck die sofortige Beendigung der völkerrechtswidrigen Blockade und den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe einzufordern; die schnellstmögliche Beendigung der völkerrechtswidrigen Besetzung einzufordern; sich für die Freilassung aller Geiseln und unrechtmäßig Festgehaltenen einzusetzen;“

*Diese Forderungen sind Teil einer Petition an die Bundesregierung. Eine **Unterschriften-Liste** liegt hier aus.*

Zweitens: Die Bundesregierung soll Palästina als Staat anerkennen!

Im Mai 2024 stimmte die UN-Generalversammlung mit 143 Stimmen (25 Enthaltungen, 9 Gegenstimmen) für eine Vollmitgliedschaft Palästinas.

Am 28. Mai 2024 haben Norwegen, Spanien und Irland offiziell Palästina als eigenständigen Staat anerkannt.

Und die deutsche Regierung? Nichtsdergleichen!

Drittens: Keine Waffenlieferungen!

Viertens: Aussetzung des Assoziierungsabkommens EU-Israel

164 Organisationen in Europa fordern die Aussetzung des Handelsabkommens EU-Israel:

„ (...) Derart schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht und das humanitäre Recht wären niemals möglich gewesen, wenn die internationale Gemeinschaft, einschließlich der Europäischen Union, Israel für seine Handlungen zur Rechenschaft gezogen und geeignete Maßnahmen ergriffen hätte.

Es ist an der Zeit, dass dieser gescheiterte Kurs geändert wird. **Die Achtung der Menschenrechte ist ein „wesentliches Element“ der EU-Handelsabkommen mit Partnerländern.**

Die Verletzung der sogenannten „wesentlichen Elemente“ ermöglicht es der EU, ein Handelsabkommen ganz oder teilweise zu kündigen oder auszusetzen.

Fünftens: Schutz des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und ein Ende der Kriminalisierung von grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Palästina/Israel.

Moderation:

Was können wir sonst tun?

62. Text



Vorschläge

Lasst uns **die Menschen informieren und für die genannten Forderungen gewinnen.**

Materialien stehen hier zur Verfügung, insbesondere eine Liste mit einigen Links.

Lasst uns ganz konkrete Solidarität leisten, im Sinne von Geldspenden, z.B. an UNRWA, Medico, an israelisch-palästinensische Organisationen, die unter schwierigsten Bedingungen arbeiten.

Ermutigend ist: bei einer ZDF-**Umfrage** von März 2024:

69% der Befragten haben den Satz „Militärisches Vorgehen Israels im Gazastreifen ist trotz der zivilen Opfer gerechtfertigt“ verneint.

Moderation:

Der palästinensische Dichter und Literaturprofessor Refaat Alareer wurde am 6. Dezember 2023 bei einem israelischen Luftangriff im Norden des Gazastreifens getötet. Er gehörte zu den Mitbegründern des Projekts „We are not numbers“.

63. Text



Refaat Alareer

Wenn ich sterbe,
musst du meine Geschichte weitertragen
verkaufe meine Dinge
erwerbe davon ein Stück Stoff und etwas Faden
mach daraus einen Drachen mit einem langen Schweif
weiß muss er sein
So wird ein Kind, das irgendwo in Gaza in den Himmel sieht
- es wartet auf seinen Vater, der im Rauch verschluckt wurde
- ein Vater, der keinen Abschied vorbereitet hat,
von niemandem, nicht einmal von sich selbst,
nicht von seinem eigenen Fleisch und Blut -
(Das Kind wird) einen Drachen sehen.
Einen Drachen, den du fliegen lässt!
das Kind wird an einen Engel denken
- einen Engel, der die Liebe zurückbringt.
Wenn ich sterbe,
lass meine Stimme Hoffnungsträger sein -
hör meine Geschichte und mach sie zu deiner!